



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/55 - 6.3.1953

Hinweis  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Zur Berliner Flüchtlingsnot	S. 1
Britische Rüstungsorgen	S. 3
Protestantisches Unbehagen über Wahlgesetz- Entwurf	S. 5
Glosse: Freispruch für Adolf Hitler ?	S. 6

## Verkenning nationalpolitischer Notwendigkeiten

Willy Brandt, MdB

Die gemeinsame Äußerung der Parteien im Bundestag und die neue Besprechung zwischen Bundeskanzler und Ministerpräsidenten haben eine gesteigerte Bereitschaft zur Hilfe für die Flüchtlinge aus der Sowjetzone erkennen lassen. Das ist erfreulich, aber es muß leider festgestellt werden, daß es noch immer an Verständnis für wesentliche Seiten des Problems mangelt.

Noch immer wird in gewissen Kreisen davon gesprochen, daß Berlin zusätzliche Hilfe zuteil werden müsse. In dieser an sich begrüßenswerten Hilfsbereitschaft drückt sich eine Verkenning der Situation aus. Eigentlich müßte sich schon herumgesprochen haben, warum Berlin zum fast einzigen Zufluchtsort für unsere bedrängten Landsleute aus der sowjetisch besetzten Zone geworden ist. Es handelt sich doch einfach um eine Folge dessen, daß die Zonengrenze im Sommer vergangenen Jahres abgeriegelt wurde. Berlin hat sich auf diese Weise nicht - oder noch nicht - abriegeln lassen, aber es geht um ein nationalpolitisches Problem, nicht um die Sorgen eines einzelnen Landes.

Seit Wochen ist auf die massenpsychologischen Wandlungen hingewiesen worden, die dem zugrunde liegen, was man die zweite deutsche Völkerwanderung nach dem letzten Krieg genannt hat. Gegenüber der fürchterlichen Existenzbedrohung und der Hoffnungslosigkeit breiter Schichten mußte die Parole des "Haltet aus" ohne wesentliche Wirkung bleiben. In maßgebenden Kreisen des deutschen Westens hat man vor den neuen Tatsachen die Augen verschlossen. Das Problem wurde damit nicht gelöst, seine Lösung wurde nur erschwert.

Es ist gewiß eine grauenhafte Perspektive, die sich bei einer zunehmenden Entvölkerung der Sowjetzone abzeichnet. Es ist völlig richtig, wenn darauf hingewiesen wird, daß wir es nicht

nur mit einer nationalen Katastrophe, sondern auch mit einem Problem der europäischen und internationalen Politik zu tun haben. Zunächst handelt es sich aber um eine deutsche Frage. Der Ruf nach internationaler Hilfe ist nicht unberechtigt. Die spontanen Beweise der Solidarität anderer Völker und ihrer Regierungen können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Eine unerlässliche Voraussetzung ernster Appelle an das Ausland ist aber der Nachweis, daß auf unserer Seite alles uns Mögliche getan ist.

Leider ist nicht alles Mögliche getan worden. Leider ist manches viel zu spät angepackt worden. Lange Zeit hat man es einfach nicht wahr haben wollen, daß das Notaufnahmeverfahren der neuen Lage nicht mehr gerecht werden konnte. Man hat nicht auf die Sozialdemokraten hören wollen, als sie im Bundestag vorschlugen, für zunächst drei Monate jedenfalls achtzig Prozent aller Flüchtlinge nach einer polizeilichen und gesundheitlichen Vorkontrolle aus Berlin abzufliegen. Man hat sich vor dem Problem der Nichtanerkannten drücken wollen. Unter dem Druck der weiter ansteigenden Flüchtlingsziffern haben die unangenehmen Themen dann doch nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt werden können.

Die Bundesregierung hat die Dinge treiben lassen. Sie hat eine klare Linie vermissen lassen. Bürokratische Unzulänglichkeiten haben das Feld beherrscht, wo es sich um unausweichliche nationalpolitische und menschliche Notwendigkeiten handelte. Die opfervolle Arbeit der Flüchtlingsverwaltung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Auf höherer Ebene war jedoch bis in die letzten Tage die Neigung zu verspüren, sich an den Begriffen von gestern zu orientieren, statt die Erfordernisse des Tages zu verarbeiten.

Über den Kreis der Nichtanerkannten hinaus ist die Zahl der anerkannten, aber nicht abgeflogenen Flüchtlinge von Tag zu Tag angewachsen. Nur ein Drittel der im letzten Monat angekommenen Flüchtlinge konnte abgeflogen werden. Ungünstige Wetterverhältnisse haben dabei eine Rolle gespielt. Jene Fluggesellschaften, bei denen der Flugverkehr zwischen Berlin und dem Westen monopolisiert ist, haben allerdings auch eine bemerkenswerte Unbeweglichkeit an den Tag gelegt. Angeblich waren die erforderlichen zusätzlichen Maschinen nicht zu beschaffen. Über die Flugpreise hat es Meinungsverschiedenheiten gegeben.

Es ist nichts anderes übrig geblieben, als an die Hohe Kommission heranzutreten und sie zu ersuchen, eine kleinere Zahl militärischer Transportflugzeuge vorübergehend zur Verfügung zu stellen. War es eigentlich nötig, erst mehr oder weniger dramatische Aufforderungen in dieser Sache abzuwarten?

Wer die menschliche Tragödie dessen, was sich in den Flüchtlingslagern abspielt, auch nur andeutungsweise erfaßt hat, wird eine gründliche Revision gewisser Teile des deutschen und des alliierten Behördenbetriebs für dringend erforderlich halten. Die Flüchtlinge haben ein Recht darauf, mehr zu sein als nur die Nummern gewisser Karteien. Sie haben ein Recht darauf, daß zumindest nachgeholt wird, was in den vergangenen Wochen und Monaten versäumt wurde.

Großbritanniens Rüstung ist zu schwer !

B.C. - London, Anfang März

Außer einigen unentwegten Pazifisten innerhalb der Labour Party sind sich alle politischen Kreise Großbritanniens darüber einig, daß in der heutigen Weltsituation eine starke, schlagbereite britische Streitmacht unentbehrlich ist - wenn auch die Begründungen nicht in allen Punkten übereinstimmen: Die einen wollen bereit sein, einen, wie sie glauben, unmittelbar bevorstehenden militärischen Angriff der Sowjets abzuwehren; andere meinen, ein solcher Angriff stehe zwar nicht direkt vor der Tür, doch sei eine Schwäche des Westens eine "Aggressionseinladung" an die Machthaber des Kreml. Andere wiederum sind Anhänger der These, daß man mit totalitären Staaten nur dann gutlich und mit Aussicht auf Erfolg verhandeln könne, wenn man militärisch stark sei. Schließlich gibt es auch noch die Ansicht, daß man erstens wohl auf die unwahrscheinliche Eventualität einer bewaffneten russischen Aggression vorbereitet sein müsse, vor allem aber auch so stark sein sollte, daß die USA sich nicht in gefährliche Abenteuer stürzen werde, ohne den mächtigen britischen Verbündeten vorher zur Beratung heranzuziehen, so daß dann dieser so weise, weltpolitisch erfahrene Freund seinen besänftigenden Einfluß auf den jüngeren, ungestümen transatlantischen Vetter ausüben könne.

Das kürzlich veröffentlichte Weißbuch über die britische Verteidigung behandelt die Lage mit großem Freimut. Zwar ist das ursprünglich von der Labour-Regierung unter dem Eindruck des damals gerade ausgebrochenen Koreakrieges auf 3600 Mio Pfund binnen drei Jahren veranschlagte Wiederaufrüstungsprogramm seitdem nicht unbeträchtlich gekürzt worden, weil es unmöglich war, so viel wirklich auszugeben, ohne die gesamte Volkswirtschaft auf Kriegsfuß umzuorganisieren (ein gewisser Triumph für Aneurin Bevan und Harold Wilson, die das sofort vorausgesagt hatten). Doch wird der Wehretat (ohne Atomforschungsausgaben, die gesondert und geheim sind) für 1953/54 immer noch auf £ 1.496.760.000 oder 16 Prozent des Volkseinkommens veranschlagt - das höchste Verhältnis aller Staaten außerhalb der Sowjetunion. Dieser Etat ist um 60 Mio Pfund höher als im Vorjahr. Er schließt nicht etwaige Dollar-Wehrbeihilfe ein. Die Mehrausgaben sind hauptsächlich

durch bessere Besoldung, steigende Kosten der Waffenfabrikation und höhere Ausgaben für Transport und Nachschub für Großbritanniens elf Divisionen übersee verursacht und lassen sich trotz großer Einsparungen an anderen Stellen im Wehretat nicht vermeiden.

Diese Einsparungen sind größtenteils in der Waffenbeschaffung gemacht worden. Die Idee scheint zu sein, daß die betreffenden Fabriken für den Ernstfall bereit sein sollen, sofort die Massenproduktion riesig auszuweiten, inzwischen aber durch die Lieferung von Ausrüstung an die europäischen Verbündeten im Verfahren des amerikanischen "Off-shore-Einkaufs" "harte" Devisen hereinbringen, um die "Dollarlücke" stopfen zu helfen - in den Augen der Labour-Kritik "Geschäfte von Wahnsinnigen", da sie die friedliche britische Exportindustrie gegenüber der amerikanischen, deutschen und japanischen Konkurrenz ins Hintertreffen bringen müssen.

Der Satz "Wenn wir uns zuviel aufladen, so werden wir durch unseren wirtschaftlichen Zusammenbruch den Kommunisten einen unblutigen Sieg schenken..." steht zwar als eine Konzession an den Standpunkt Labours im Weißbuch darin, doch läßt der effektive Text des Dokuments nichts davon merken, daß seine Lehre beherrsigt worden ist. Tatsächlich hat durch die Rüstungsanstrengung bisher die britische Wirtschaft schon den größten Teil des technischen Exportmarktes eingebüßt, und die Unterhaltung der in übersee stationierten elf Divisionen nebst Luftstreitkräften (doch ohne Flotte) kostet jährlich etwa 140 Mio Pfund in "harter" Währung, meist Dollars und ist so die Hauptursache der immer noch schwärenden "Dollarlücke". Falls der Bonner Truppenvertrag unterzeichnet wird, so werden sich durch den Ausfall des größten Teils der Besatzungskosten diese Zahlungsverpflichtungen noch um etwa 80 Mio Pfund im Jahr erhöhen. Kein Wunder also, daß die Labour-Opposition und selbst Teile der Konservativen unbehaglicher Weise zu spüren glauben, daß waffenfinanzmäßig Britannia weitaus "über ihre Verhältnisse lebt".

Das Weißbuch verspricht, daß endlich mit der Massenproduktion eines Tanks begonnen wird, der mit einem schweren Geschütz (das Kaliber wird noch geheimgehalten) bestückt, so schnell, wendig und wohlgepanzert sein soll, daß er eine Antwort auf den russischen Panzer "Josef Stalin III" darstellt. Außerdem aber wird die britische Infanterie mit hochmodernen Panzerabwehrwaffen in großer Zahl ausgerüstet, darunter einer panzerbrechenden Gewehrgranate für kurze Distanz und großkalibrigen Raketenrohren für genauezieltes Abwehrgeschütz auf mittlere Entfernung. Die Royal Air Force wird noch in diesem Jahr durchweg mit Düsenjägern ausgestattet sein, und auch bei den mittleren ("taktischen" Bombern geht der Übergang zum Düsenantrieb schnell vorwärts.

### Vorherrschaftspläne des politischen Katholizismus

(3p) In erregten Für und Wider um den unstrittenen Wahlgesetz-Entwurf des Bundeskabinetts ist ein Gesichtspunkt nicht gebührend berücksichtigt worden, der wohl, neben der erklärten Absicht, die deutsche Opposition in eine parlamentarisch wirkungslose Rolle zu drängen, für die Haltung der CDU-Fraktion in dieser für die innerpolitische Entwicklung der Bundesrepublik so wichtigen Frage mit dem Ausschlag gibt. Nach dem gesetz gewordenen Entwurf bekäme die CDU, legt man das Wahlergebnis der letzten Bundestagswahlen zugrunde, etwa 220 bis 240 Mandate von 480. Bei annähernd gleicher Stimmenanzahl bekämen die Sozialdemokraten etwa 120 bis 130 Mandate, eine CDU-Stimme wäre also doppelt so viel wert als eine Stimme für einen Kandidaten der Opposition.

Aber etwas anderes kommt hinzu: Die CDU ist in ihrem Kern trotz der protestantischen Anhängsel eine Partei, der der politische Katholizismus das Gepräge gibt. Ihre stärksten Stützpunkte liegen in den rein katholischen Gebieten der Bundesrepublik. Im Endeffekt bedeutet der Entwurf eine ungewöhnliche Verstärkung des politischen Katholizismus, der durch ihn zum ersten Male seit vielen Jahrhunderten die Möglichkeit sieht, in Deutschland für die Dauer die beherrschende politische Kraft zu werden. Darum hat auch die CDU so starken Gefallen an ihm gefunden. Mit etwa der Hälfte aller Mandate wäre sie in der Lage, ohne Rücksicht auf die sozialdemokratische Opposition oder auf einen rebellierenden protestantischen Flügel sämtliche Machtpositionen im Staate zu besetzen und Tempo und Inhalt jeder künftigen deutschen Politik zu bestimmen.

Die Abhängigkeit der DP und der FDP von der CDU ist heute schon groß; sie würde nach diesem Wahlgesetz-Entwurf zum reinen Vasallentum ausarten. Das ist eine bedrohliche Entwicklung, die vor allem auch viele FDP- und DP-Anhänger fürchten. Der Einwand, daß Bundestagspräsident Ehlers, evangelischer Oberkirchenrat und aktiver protestantischer Politiker, sich entschieden für diesen unmöglichen Gesetzentwurf eingesetzt hat, und deshalb solche Besorgnisse unbegründet seien, ist schwach. Ehlers ist zwar ein Mann mit großem Ehrgeiz, dem aber viele nicht die Fähigkeit zutrauen, die CDU vor dem völligen Verschlingen durch den politischen Katholizismus zu bewahren.

Der Protestantismus schwebt gewissermaßen im luftleeren politischen Raum. Ohne die von den Sowjets besetzten Gebiete fehlen ihm geistiger Impuls und Massenbasis. In Westdeutschland sieht er sich einer zentral geleiteten und von Machtwillen diktierten Offensive des politischen Katholizismus gegenüber, der er nichts Ähnliches und Gleichwertiges entgegenstellen kann. Die Furcht, daß der politische Katholizismus nun seine Stunde für gekommen hält, die seit dem dreißigjährigen Krieg zum Stillstand gekommene Gegenreformation wieder aufzunehmen, ist berechtigt und äußert sich in vielen sorgenvollen Bekundungen von hervorragenden protestantischen Kirchenführern.

+ + +

Freispruch für Adolf Hitler ?

Es wird heute mit jedem Tag deutlicher, dass die Panikstimmung, die manche der führenden Nazis im Mai 1945 erfasst hatte, unangebracht gewesen ist. Man soll doch nichts übereilen. Ein bisschen Versteckspiel, ein bisschen Untertauchen wäre genug gewesen. Wozu gleich Zyankali und womöglich hinterher noch Benzin nebst Streichholz, wie das dem Führer des grossdeutschen Reiches als einziger Ausweg erschien.

Wobei allerdings die Einschränkung zu machen ist, dass jener Scheiterhaufen auf dem der "Führer" im Rauch aufging, mit geheimnisvoll mythischer Legende umwoben ist, aus der nicht eindeutig hervorgeht, wie heroisch nun der grösste Herrführer aller Zeiten sich erschossen oder sein Gift genommen hat. Vielleicht - und es gab Leute, die solche Dinge lange vor der Katastrophe ernsthaft erörterten - ist es ihm wie einst dem Kaiser Nero ergangen, den in dem Augenblick, da er den Anlauf nahm, sich in sein Schwert zu stürzen, der Mut verliess, so dass ihn schliesslich sein Diener töten musste; wer weiss, da auch ihm mit einiger Wahrscheinlichkeit der Mut zur letzten Konsequenz gefehlt haben wird, wer denn so freundlich war, ihm die Pille in den Mund zu stecken. So freundlich - oder voreilig, denn - Hand aufs Herz - hätte er sich bis heute hinübergerettet, was wäre ihm wohl geschehen?

Zwei Gerichtsurteile der letzten Zeit beantworten diese Frage sehr deutlich. Der Kommandore der deutschen Schnellboote, Rudolf Petersen, der nach der Kapitulation drei Todesurteile wegen Fahnenflucht vollstrecken liess, wurde freigesprochen, weil ihm - das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit gefehlt habe. Der Kommandant von Kreta, Georg Benthack, in ähnlicher Weise angeklagt, empfing seinen Freispruch unter anderm deswegen, weil er aufgrund seiner einseitigen soldatischen Erziehung gehandelt und insofern über die rechtlichen Grundsätze keine Übersicht gehabt hatte. Weshalb also sollte man Adolf Hitler verurteilen, dessen Schuldkonto zwar höher - bis in astronomische Zahlenbereiche - führt, dessen einseitige Entwicklung und dessen Rechtsunempfindlichkeit aber in ebenso unwirtschaftlichen Gefilden liegt?

Diese Frage aufzuwerfen, ist kein sehr neuer und kein sehr origineller Einfall; sie ist auch schon mehrfach gestellt und sogar schon über die Bretter des politischen Kabarets getragen worden. Was sie aktuell macht, sind jene beiden freisprechenden Gerichtsurteile, mit denen uns sogar das Selbstverständliche - die Bestrafung der wirklich Schuldigen - zweifelhaft wird. Mit jenem nicht vorhandenen Bewusstsein der Rechtswidrigkeit kann beinahe jeder Schuldige unschuldig werden, und es bleibt, auf Adolf Hitler bezogen, nur ein Glück, dass es jenen Freund oder Diener wohl gegeben hat, der wie einst Neros Diener das Schwert, zur rechten Zeit die Ampulle mit dem Zyankali gezückt hat. Denn soviel ist gewiss: auf Zyankali kann man sich verlassen.

R.G.

+ + +

---

 Verantwortlich: Peter Raunau

"Was den Verbraucher interessiert..."

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Apfelsinen belief sich im letzten Jahr auf 6.5 kg gegenüber 4.9 kg 1951. Bei Bananen 2.1 kg gegenüber 1.5 kg 1951. Hauptlieferant für Apfelsinen war Spanien (vorher Nordafrika und Italien), für Bananen die latein-amerikanischen Staaten, insbesondere Kolumbien. Wenn unsere Kinder die wirklichen Nutzniesser des erhöhten Verbrauchs waren, sollten alle Einwände gegen zu hohe Südfruchteinführungen von untergeordneter Bedeutung sein. +

Von der Mühlenindustrie wurde wegen der Überkapazität die Forderung nach Festpreisen für Mehl, Getreide, Brot u.ä. erhoben, sowie die Festlegung von Vermahlungsquoten verlangt. Diese Forderungen sollen der Preissicherung und Ausschaltung eines preisdrückenden Wettbewerbs dienen. Die freie Wirtschaft möchte man also nur noch gelten lassen, wo sie sich für die Produzenten oder den Handel lohnt. Ernährungsminister Niklas hat inzwischen vor Festpreisen gewarnt. +

Bei einer Preisdiskussion auf einer Fleischertagung wurde u.a. betont, der Verbraucher habe seine preisregulierende Macht nicht ausgenutzt, als man ihm empfahl, besondere Fleischsorten zu verzehren, Macht der Verbraucher? Sie stellen erst eine Macht dar, wenn sie sich durch organisatorische Zusammenschlüsse aller ihren Interessen zuwiderlaufenden Wirtschafterscheinungen erwehren. +

Der Winterschlussverkauf brachte nicht den erwarteten Umsatz. Wir sehen hierin auch einen psychologischen Grund, denn die besondere Anfertigung von Ausverkaufware in den vergangenen Jahren (insbesondere in der Textilbranche) hat manchem Verbraucher den Reiz für solche Sonderveranstaltungen genommen. +

Die Schuhindustrie lässt verlauten, dass sie zu einer Aufbesserung ihrer Preise übergehen muss, wenn die in den letzten Monaten gestiegenen Lederpreise nicht wieder zurückgehen. Man spricht von einer Erhöhung der Schuhpreise um -.80 - 1.20 M. Wir sind jedoch der Meinung, dass auch die heutigen Spannen des Einzelhandels das Auffangen solcher Differenzbeträge zulässt, zumal die Ausnutzung der noch bestehenden Bedarfsreserven ein Ziel der gesamten Schuhwirtschaft ist. Li. +

#### Verstaatlichung des Medikamenten-Großhandels in Norwegen

PH.Stockholm ... Der norwegische Reichstag hat die Errichtung eines "Norsk Medisinaldepot" beschlossen, welches in Zukunft ein Monopol auf den Großhandel mit Apothekerwaren und auf deren Import haben wird. Der Abstimmung ging eine siebenstündige Aussprache voraus. Die sozialdemokratische Mehrheit machte den bürgerlichen Opponenten gegenüber geltend, dass beim Handel mit Arzneien nicht die Gewinn-Interessen von Privatunternehmen, sondern ausschliesslich die Interessen der Kranken massgebend sein sollen. +

#### Berichtigung:

In der Ausgabe Nr. 18 v. 5. März 1953, Seite 7, 4. Zeile ist uns ein Schreibfehler unterlaufen. Es muss heissen: "Denn bei rund fünf Millionen Beschäftigten in der Industrie..." (Nicht 15 Millionen). +